

30. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Mai 1953

33/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. S t ü b e r , Z e i l l i n g e r und Genossen
an den Bundesminister für Inneres,
betreffend die Zustände in den Volksdeutschen-Lagern.

-.-.-.-

Von Zeit zu Zeit werden in der Öffentlichkeit alarmierende Nachrichten über die Zustände in den Volksdeutschen-Lagern bekannt. So meldete kürzlich eine Tageszeitung ("Salzburger Nachrichten" vom 12. Mai 1953), dass im Lager Haid in Oberösterreich der 68jährige Donauschwabe Friedrich Behringer infolge Aufregung darüber, dass er in das Altersheim Ried überstellt werden sollte, was praktisch seine Trennung von seiner in der Heilstätte Berg unweit Haid untergebrachten greisen Gattin bedeutet hätte, und infolge der Entziehung der Lagerkost wegen seiner Weigerung einem Herzschlag erlegen sei. Im Volksdeutschen-Lager 63 in Eisenerz herrschte unter den Lagerinsassen grosse Erbitterung gegen den Lagerleiter Fessel, der durch sein überflüssig strenges Regiment äusserst unbeliebt sei, sodass es zu einer Protest- und Beschwerdeaktion der Lagerinsassen gekommen sei. Daraufhin habe einer der Veranstalter dieser Aktion, der Ungar Janes Kovacs, von der Bezirkshauptmannschaft Leoben die schriftliche Verständigung erhalten, wonach gegen ihn auf Grund der (nationalsozialistischen!) Ausländerpolizeiverordnung vom 28. August 1938 ein unbefristetes Aufenthaltsverbot für das gesamte Gebiet der Republik Österreich erlassen worden sei, das sich auf seine Ehefrau und seine minderjährigen Kinder erstrecke. Eine Begründung für diese Massnahme, die - wie die "Salzburger Nachrichten" mit Recht feststellen - "der von unserer Regierung wiederholt verkündeten Hochachtung des Asylrechtes hohnspricht und überdies zu den Gesetzen in Widerspruch steht", sei nicht gegeben worden.

Die von Österreich für die Erhaltung der Volksdeutschen-Lager aufgewendeten Beträge gehen zu einem grossen Teil auf die Besoldung der Lagerleiter und des sonstigen Verwaltungspersonales auf, während den Heimatvertriebenen selbst unmittelbar nur ein verhältnismässig geringer Teil dieser Aufwendungen zugute kommt. Ausserdem wird in volksdeutschen Kreisen darüber Klage geführt, dass die Lagerinsassen für ihre armseligen Baracken-

31. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

20. Mai 1953

räume Mieten entrichten müssen, die oft weit höher als die Mietzinse für ordentliche Wohnungen auf Grund des Mieterschutzgesetzes sind. So soll in einem Salzburger Lager beispielsweise eine mehrköpfige Familie für drei armselige Räume in einer aus einem Pferdestall ausgebauten Baracke monatlich 230 S Miete zahlen.

Wir unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, dass die hier geschilderten Zustände, wenn sie tatsächlich der Wahrheit entsprechen, einer dringenden Abhilfe bedürfen, und stellen daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

1.) Ist der Herr Minister bereit, bekanntzugeben, was es mit den hier geschilderten Fällen Friedrich Behringer und Janos Kovacs tatsächlich für eine Bewandnis hat, und, falls Übergriffe der Lagerleitung, insbesondere in Eisenerz, vorliegen, gegen die Schuldtragenden entsprechend einzuschreiten?

2.) Ist der Herr Minister bereit, die Berechnungsgrundsätze für die den Barackenbewohnern vorgeschriebenen Mietzinse bekanntzugeben?

3.) Ist der Herr Minister weiters bereit, den Zuständen in den Vertriebenen-Lagern hinsichtlich humaner Lagerleitung, ausreichender Verpflegung und halbwegs hygienischer Unterbringung sein besonderes Augenmerk zuzuwenden und zu den in diesen Punkten von der Öffentlichkeit, namentlich von Volksdeutschen-Kreisen wiederholt geäußerten Beschwerden Stellung zu nehmen?

-.-.-.-.-